

Ordnungsamt

Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Ordnungsamt Bremen • Postfach 10 78 49 • 28078 Bremen



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Öffentliche Bekanntgabe

Dienstgebäude
Stresemannstraße 48

Auskunft erteilt
Herr Heuß

Zimmer 438

T (04 21) 3 61 6950

F (04 21) 3 61 10035

E-mail -
oeffentlicheordnung@
ordnungsamt.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
051-10/Hertha BSC
Bremen, 24.01.2018

Allgemeinverfügung

Gem. der §§ 10 Abs. 1 und 15 Abs. 1 Ziffer 1 des Bremischen Polizeigesetzes in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes ergeht nachfolgende Allgemeinverfügung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit.

1. Anlässlich des Fußball Bundesligaspiels Werder Bremen gegen Hertha BSC am 27.01.2018 um 18:30 Uhr werden im Zeitraum von 14:00 Uhr bis 23.00 Uhr Fanmärsche auf der Straße „Vor dem Steintor“ sowie den von dieser ausgehenden Nebenstraßen untersagt.

Insoweit wird ein fußläufiges Durchquerungsverbot des Verbotsbereiches im vorgenannten Verbotszeitraum ausgesprochen.

2. Angehörigen jeglicher Fangruppierungen der an diesem Bundesligaspiel beteiligten Vereine sowie Besucher-innen dieser Begegnung wird untersagt, im Verbotsbereich während der Verbotszeit Glasflaschen und Getränkedosen sowie andere Gegenstände, die als Hieb Waffen oder Wurfgeschosse (auch pyrotechnischer Art) dienen können, mit sich zu führen.

Eingang
Stresemann-
Straße 48
28207 Bremen

Dienstgebäude
Stresemann-
Straße 48
28207 Bremen

Bus / Straßenbahn
Haltestellen
Steubenstraße
Julius-Brecht-Allee

Sprechzeiten
Mo. - Fr.
08:00 - 12:00 Uhr

Bankverbindungen
Bremer Landesbank IBAN DE2729050000 1070115000
BIC BRLADE22XXX
Sparkasse Bremen IBAN DE73290501010001090653
BIC SBREDE22XXX



3. Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen die Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung wird die Anwendung unmittelbaren Zwangs gem. § 11 ff des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes angedroht. Personen, die sich an einem Fanmarsch beteiligen oder beteiligen wollen, werden von der Polizei zwangsweise daran gehindert.

4. Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen Ziffer 2 dieser Allgemeinverfügung wird zugleich die Anwendung unmittelbaren Zwangs gem. § 11 ff des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes angedroht. Konkret erfolgt die Durchsetzung des Verbots unter Ziff. 2 durch Wegnahme und Sicherstellung von Glasflaschen oder Geträndek Dosen oder anderer Gegenstände, die als Hieb- oder Wurfgeschosse eingesetzt werden können.

5. Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

6. Die Bekanntgabe dieser Verfügung erfolgt gem. § 41 Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz öffentlich, in dem der verfügende Teil ortsüblich, und zwar im Ordnungsamt Bremen, (Stresemannstraße 48, 28207 Bremen) bekanntgemacht wird. Die Begründung dieser Allgemeinverfügung kann im Ordnungsamt Bremen im Empfangsraum/Infopoint im Erdgeschoss, während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden.

Abweichend von § 41 Abs. 4 Satz 3 BremVwVfG, wonach der Verwaltungsakt zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntgabe als bekannt gegeben gilt, wird gem. Satz 4 dieser Vorschrift der 25.01.2018 als Tag der Bekanntgabe bestimmt.

Begründung

Gem. § 10 Bremisches Polizeigesetz in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes kann die Ortspolizeibehörde eine Allgemeinverfügung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit erlassen. Polizei im Sinne des bremischen Polizeigesetzes sind u.a. auch die Verwaltungsbehörden, denen Aufgaben zur Gefahrenabwehr übertragen worden sind. Hier zuständige Behörde ist das Ordnungsamt Bremen. Eine Allgemeinverfügung ist immer dann auszusprechen, wenn ein Verwaltungsakt erlassen werden soll, der sich an einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis richtet.

Eine Gefahr im Sinne dieses Gesetzes ist eine Sachlage bei der im Einzelfalle die hinreichende Wahrscheinlichkeit besteht, dass in absehbarer Zeit ein Schaden für die öffentliche Sicherheit eintritt.

Öffentliche Sicherheit im Sinne der Gefahrenabwehr ist die Unverletzlichkeit der objektiven Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen sowie der Einrichtungen und Veranaltungen des Staates und der sonstigen Träger der Hoheitsgewalt.

Im vorliegenden Fall besteht aufgrund der plausiblen polizeilichen Lageeinschätzung die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu befürchten, dass es auch bei der am 27.01.2018 um 18:30 Uhr in Bremen stattfindender Bundesligapartie beider Mannschaften zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fanggruppierungen kommen wird. Hiervon betroffen und gefährdet wären neben den an den Auseinandersetzungen beteiligten Personen auch unbeteiligte Dritte, welche sich in der Nähe befinden, sowie die eingesetzten Beamte der Polizei. In der Vergangenheit kam es bei Fanmärschen von Anhängern verschiedener Fußballvereine wiederholt zu Auseinandersetzungen mit rivalisierenden Gruppierungen sowie der Polizei. Dabei wurde insbesondere auch mit Glasflaschen und Getränkedosen und anderen Gegenständen geworfen und/oder geschlagen und damit beabsichtigt oder zumindest billigend in Kauf genommen, Mitglieder anderer Gruppierungen, unbeteiligte Dritte und insbesondere auch die zum Schutz eingesetzten Polizeibeamten zu verletzen.

Große Menschenansammlungen in Form von Fanmärschen stellen ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotential dar. Die an Fanmärschen teilnehmenden Personen

- behindern den ÖPNV und den Individualverkehr stark und langanhaltend,
- sind in der Regel stark angetrunken bzw. betrunken,
- versuchen Anhänger rivalisierender Gruppierungen durch Schlachtrufe / Beleidigungen zu provozieren,
- nehmen das Begehen von Straftatbeständen der Körperverletzung billigend in Kauf,
- nehmen mit offensichtlichem ‚Erlebnishunger‘ an diesen Provokationen unter dem Schutz der Gesamtmenge teil, sind dabei zudem unerreichbar für polizeiliche Ansprachen,
- neigen aus der Menge heraus und auch unter deren Schutz zu unkontrollierten Handlungen, sobald ‚gegnerische‘ Anhänger oder andere rivalisierende Gruppen in Sichtweite geraten oder die Polizei rechtmäßig Grenzen setzen will,
- sind bereit, mit Wurfgeschossen (auch pyrotechnischer Art) und/oder Hieb- und Stichwaffen bzw. zweckentfremdeten Gegenständen körperliche Angriffe auf Polizeibeamte und auf Personen, die für gegnerische Anhänger oder Mitglieder rivalisierender Gruppen gehalten werden zu begehen,
- führen verbotene Gegenstände (Knallkörper, Fackeln, Selbstlaboraten) zur späteren Verwendung mit,
- treten unter zumindest teilweiser Vermummung, um so gefahrenabwehrende oder strafverfolgende Maßnahmen zu erschweren,
- treten mit dem Ziel auf, als aggressive Großgruppe mit Machtanspruch außerhalb rechtsstaatlicher Regelungen mit einem entsprechend gewolltem Einschüchterungspotential in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Auch mit starken Polizeikräften und einschließender Begleitung (soweit überhaupt möglich), sind solche Personenmehrheiten polizeilich nicht beherrschbar. Gruppen von 500, 1000 oder mehr Personen wie beschrieben, sind in der Bewegung mit polizeilichen Mitteln schwer bis gar nicht zu stoppen. Die Frage der Verhältnismäßigkeit ist bei dieser faktischen Beurteilung noch gar nicht berührt. Geeignete Gefahrenabwehr- oder Strafverfolgungsmaßnahmen sind in solchen Gruppen mit angemessenen Mitteln grundsätzlich ausgeschlossen.

Zuletzt kam es am 16.12.2017 nach der Begegnung des SV Werder Bremen und dem 1 FC Mainz 05 vor einer Lokalität im Steintor-Viertel zu Auseinandersetzungen der oben genannten Art. Nach derzeitiger Erkenntnislage sind ca. 100 – 120 Mitglieder von eher linksgerichteten Ultragruppen auf der Straße „Vor dem Steintor“ durch das Viertel gezogen. Diese Personengruppe bemerkte in einer dort ansässigen Kneipe rechte Hooligans aus Bremen, woraufhin Steine und Flaschen auf die Kneipe geworfen wurden. Die Hooligans bewaffneten sich mit Stuhlbeinen und Hockern und begaben sich auf die Straße, wo sie ihrerseits die Ultragruppe angriffen. Bei dieser Auseinandersetzung mitten im belebten Steintorviertel wurden wenigstens fünf Personen leicht verletzt. Daneben wurde das Mobiliar sowie Fensterscheiben der Kneipe beschädigt oder zerstört. Die Auseinandersetzung der rivalisierenden Gruppierungen wurde erst durch massiven Polizeieinsatz beendet.

Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass die beteiligten Gruppierungen diese Auseinandersetzung als Anlass nehmen, mit Folgeaktionen oder Racheaktionen gleicher Art und Weise die jeweils andere Gruppierung anzugreifen. Es ist zu erwarten, dass aus dem Sichtschutz eines Fanmarsches heraus wieder Straftaten gegen rivalisierende Gruppen begangen werden. Bei solchen wechselseitigen Aktionen besteht, insbesondere aufgrund der örtlichen Lage, eine große Gefährdung unbeteiligter Dritter, welche vor Ort wohnen oder aus anderen Gründen sich dort aufhalten.

Weiterhin ist zu bedenken, dass es sich bei der benannten Örtlichkeit jederzeit um eine allgemein angespannte Verkehrslage, resultierend aus einem Mix aus öffentlichen Verkehrsmitteln, Fahrradfahrern und Kraftfahrzeugverkehr handelt. Diese Verkehrslage verstärkt sich am Spieltag durch den stattfindenden An- und Abreiseverkehr der Besucher_innen des Bundesligaspiels. Ein Fanmarsch würde hier zu unnötigen Konflikten mit den anderen Verkehrsteilnehmern führen und die ohnehin angespannte Verkehrslage verschärfen. Hierdurch entstünden nicht zuletzt Einschränkungen für Einsatzfahrzeuge der Polizei und Rettungsfahrzeuge der Feuerwehr und Notdienste, welche zu Verzögerungen bei deren Einsätzen und damit auch zu einer nachgelagerten Erhöhung der jeweiligen Gefährdungslage führen würde.

Es ist deshalb zur Vermeidung von Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und sonstiger Straftaten erforderlich, Fanmärsche zu untersagen und das Mitführen zur Gefährdung geeigneter und dafür in der Vergangenheit wiederholt genutzter Gegenstände zu verbieten. Dazu zählen Glasflaschen, Getränkedosen oder andere Gegenstände, die zu Hieb- und Wurfgeschossen umfunktioniert werden können.

Das mit dieser Allgemeinverfügung verfolgte Ziel dient allein dem vorgenannten Zweck der Gefahrenabwehr; die Entscheidung ist deshalb dringend erforderlich, geeignet und zudem angemessen, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Ein gleichermaßen geeignetes Mittel steht nicht zur Verfügung.

Der Kreis der von diesem Verbot Betroffenen ist hinreichend bestimmt und wird darüber hinaus bei der Überprüfung durch die Polizei zusätzlich unmittelbar angesprochen. Dabei wird die Polizei mit Augenmaß vorgehen und denjenigen Besuchern_innen des Bundesligaspiels, die erkennbar nicht zum Begehen von Gewalttätigkeiten neigen, die Möglichkeit einräumen, den Verbotsbereich individuell zu durchqueren.

Dadurch, dass das Ordnungsamt als zuständige Behörde diese Entscheidung nach pflichtgemäßen Ermessen trifft, erfolgt nur ein – unter den vorgenannten Gründen gerechtfertigter- minimaler Eingriff in die persönlichen Rechte des Einzelnen, indem ihm allenfalls nicht gestattet ist, beim Besuch des Fußballspiels den Verbotsbereich in Form eines Fanmarsches zu durchqueren und Gegenstände der vorgenannten Art mit sich zu führen. Der Besuch des Spiels wird hierdurch nicht eingeschränkt

Es ist daher nicht unverhältnismäßig zum Schutze der Besucher_innen und der sich im Verbotsbereich aufhaltenden Personen und somit der Allgemeinheit diese Allgemeinverfügung zu erlassen. Deshalb muss hier im Rahmen der Ausübung unseres pflichtgemäßen Ermessens das jeweilige Privatinteresse an einem Fanmarsch teilzunehmen und gefährliche Gegenstände der vorgenannten Art bei sich zu führen, klar hinter dem öffentlichen Interesse am Schutz der Allgemeinheit sowie der öffentlichen Sicherheit zurückstehen. Insoweit ist die hier getroffene Maßnahme erforderlich, geeignet und auch angemessen, die zuvor beschriebenen Gefahrenpotentiale auszuschließen zumindest aber so zu minimieren, dass mögliche Schadenseintritte allenfalls von geringer Natur sein würden.

Begründung zur Androhung des unmittelbaren Zwanges

Die Androhung des unmittelbaren Zwanges stützt sich auf die §§ 11,13, 17, 19 des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (BremVwVG) in der derzeit geltenden Fassung.

Der erlassene Verwaltungsakt (Verfügung) kann mit den Zwangsmitteln des § 13 BremVwVG durchgesetzt werden, wenn er unanfechtbar oder der sofortige Vollzug angeordnet ist. Als Zwangsmittel im Sinne des § 13 BremVwVG kommen Zwangsgeld, Ersatzvornahme und unmittelbarer Zwang in Betracht. § 17 Abs. 1 BremVwVG sieht vor, dass diese Zwangsmittel schriftlich angedroht werden müssen.

Nach § 17 Abs. 2 BremVwVG kann diese Androhung auch mit dem Verwaltungsakt verbunden werden, durch den die Handlung, Duldung oder Unterlassung aufgegeben wird, insbesondere dann, wenn der sofortige Vollzug angeordnet ist.

Die Androhung der Anwendung des Zwangsmittels "unmittelbarer Zwang" gemäß §§ 11 ff BremVwVG ist die geeignete und erforderliche Maßnahme, um die hier in Rede stehende Allgemeinverfügung effektiv durchsetzen zu können. Wegen der besonderen Situation rund um ein Bundesligaspiel muss die Polizei ein wirksames Mittel zur Hand haben, auch den Personen, welche Gegenstände der oben genannten Art bei sich führen oder sich an Fanmärschen beteiligen, zwangsweise an ihrem Verhalten zu hindern. Andere Zwangsmittel, insbesondere die Androhung und Festsetzung eines Zwangsgeldes gemäß § 14 BremVwVG, sind nach pflichtgemäßer Prüfung und Bewertung aufgrund ihrer Ungeeignetheit und des im öffentlichen Interesse gebotenen sofortigen Eingreifens zur Beendigung gefährdender Zustände hierfür weder geeignet noch zweckmäßig.

Begründung zur Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieser Entscheidung wird angeordnet. Ein ggf. eingelegtes Rechtsmittel gegen die getroffenen Anordnungen hat daher keine aufschiebende Wirkung. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung, die auf § 80 Abs.2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung gestützt wird, ist im öffentlichen Interesse erforderlich, da die Veranstaltung bereits am 27.01.2018 stattfindet und eine Entscheidung in einem evtl. Hauptsacheverfahren bei dem erheblichen Sicherheitsbedürfnis der Veranstaltungsteilnehmer, nicht abgewartet werden kann. Es kann insbesondere nicht hingenommen werden, dass einzelne Veranstaltungsteilnehmer durch das Einlegen von Rechtsmitteln, die

dann aufschiebende Wirkung hätten, den Sinn der ausgesprochenen Beschränkungen ins Leere laufen lassen würden, da das ausgesprochene Verbot dann nicht umgesetzt werden könnte.

Zudem ist bei einem Bundesligaspiel mit dieser Problemstellung immer eine besondere Sicherheitslage gegeben. Das bekanntermaßen bestehende Konfliktpotential der verschiedenen rivalisierenden Gruppierungen lässt einen ungestörten und gewaltfreien Ablauf des Spiels einschließlich der An- und Abreise der jeweiligen Fangruppen nicht erwarten. Für alle Beteiligten muss deshalb dahingehend Klarheit herrschen, in welchem Rahmen an der Veranstaltung unter Sicherheitsgesichtspunkten teilgenommen werden kann. Insbesondere ist es auch erforderlich, der Polizei durch diese Entscheidung die Möglichkeit zu geben, ihr jeweiliges Einsatzkonzept auf der Grundlage der hier ergangenen Entscheidung verlässlich ausrichten zu können. Es kann deshalb im öffentlichen Interesse nicht hingenommen werden, dass Besucher eines Bundesligaspiels durch einen Fanmarsch, aus dem heraus das Begehen von Gewalttaten zu befürchten ist und die zweckentfremdete Nutzung von Getränkedosen und Glasflaschen und anderen Gegenständen als Hieb Waffen oder Wurfgeschosse in die Lage versetzt werden, die öffentliche Sicherheit derart beeinträchtigen zu können. Allein vor diesem Hintergrund ist die Anordnung des Sofortvollzuges dieser Entscheidung sachlich gerechtfertigt und vor allem nicht unverhältnismäßig. Das private Interesse eines jeden Einzelnen an der aufschiebenden Wirkung eines etwaigen Widerspruchs muss hier in Abwägung zu dem Interesse der Allgemeinheit an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit deutlich zurückstehen, zumal ihm der Besuch des Spiels ja nicht verwehrt wird.

Die Bekanntgabe dieser Verfügung erfolgt öffentlich, damit der nicht feststehende Personenkreis, der dieser Bundesligapartie beiwohnen möchte, Kenntnis vom Inhalt dieser Entscheidung erlangen kann. Zudem wird sie im Intranet der Polizei veröffentlicht und den Fanverantwortlichen der beteiligten Vereine übermittelt.

Die Bekanntgabe richtet sich nach § 41 Abs. 4 Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz. Danach ist der verfügende Teil eines Verwaltungsaktes ortsüblich bekanntzugeben. Die ortsübliche Bekanntgabe erfolgt in Bremen durch Aushang in unserer Behörde. Im Aushang wird angegeben, wo die vollständige Entscheidung eingesehen werden kann. Der Verwaltungsakt gilt grundsätzlich zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntgabe als bekannt gegeben. Nach § 41 Abs. 4 Satz 4 BremVwVfG kann bei einer Allgemeinverfügung ein hiervon abweichender Tag bestimmt werden.

Davon wird im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht, in dem der 25.01.2018 als Tag der Bekanntgabe bestimmt wird. Dies ist deshalb erforderlich, weil das Spiel bereits am 27.01.2018 stattfindet und eine Bekanntgabe nach § 41 Abs. 4 Satz 3 BremVwVfG zwei Wochen davor nicht mehr möglich ist.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Ein Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Ordnungsamt Bremen, Stresemannstraße 48, 28207 Bremen, zu erheben.

Durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung entfällt die aufschiebende Wirkung eines eingelegten Widerspruchs. Sie können die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs beim Senator für Inneres, Contrescarpe 22/24, 28203 Bremen, oder beim Verwaltungsgericht Bremen, -Justizzentrum- Am Wall-, Am Wall 198, 28195 Bremen, beantragen.

Im Auftrag

Heuß

